



Für eine gerechte Steuerpolitik in Europa – Steuerbetrug in Europa bekämpfen, Steueroasen schließen

Steuerbetrug ist eine Straftat – in Deutschland, in Europa und international. Wer Steuern hinterzieht, verweigert sich, einen finanziellen Beitrag für die Gemeinschaft zu leisten, die das öffentliche Leben in den Städten und Gemeinden, Bibliotheken, Kitas, Schulen, Polizei und Justiz, die öffentlichen Straßen, den Personennahverkehr und vieles mehr finanziert. Steuerbetrüger raffen persönlichen Wohlstand auf Kosten ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger und des Staates. Deshalb darf kein Staat Steuerbetrug, Steuervermeidung oder die Flucht von Vermögen oder Kapitalerträgen ins Ausland dulden oder befördern. Das verletzt das Gerechtigkeitsgefühl der Menschen und untergräbt die Akzeptanz des Steuersystems.

Auf nationaler Ebene ist es schwieriger geworden, Steuerbetrug und Steuervermeidung zu bekämpfen. Oft werden mit Hilfe von Banken und Fonds große private Vermögen ins Ausland verbracht oder Kapitalgewinne, die in Steueroasen erzielt werden, verschwiegen oder verschleiert. Ehrliche Steuerzahler fühlen sich als die Dummen, obwohl ihnen Respekt und Anerkennung gebühren, weil sie sich gesetzestreu verhalten und mithelfen, die Aufgaben der Gemeinschaft und unsere soziale Sicherheit zu finanzieren. Deshalb müssen wir Steuerbetrug in Europa bekämpfen, die Täter bestrafen und gemeinsam als Europa diese Taten auch international verfolgen. Steueroasen müssen trockengelegt werden.

Steuerhinterziehung und Steuervermeidung haben mittlerweile ein Ausmaß erreicht, das die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union, vor allem aber ihrer Mitgliedstaaten einschränkt. Öffentliche Leistungen wie Bildung, Infrastruktur oder die soziale Sicherung können auf Dauer nur bereitgestellt werden, wenn alle Bürgerinnen und Bürger und alle Unternehmen zur Finanzierung des Staates beitragen. Die Internationalisierung der Finanzmärkte und der freie Kapitalverkehr haben Steuerumgehung und Steuerflucht für die erleichtert, die sich unredlich und kriminell verhalten wollen. Die nationalen Steuersysteme haben mit dieser wirtschaftlichen Entwicklung nicht Schritt halten können.

Die Integration der Märkte in Europa hat außerdem den Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten der EU und gegenüber Drittstaaten gefährlich verschärft. Große, grenzüberschreitend oder sogar global tätige Unternehmen zwingen ganze Staaten zum Steuerdumping, indem sie drohen abzuwandern, Arbeitsplätze zu vernichten oder sich nicht anzusiedeln, wenn es sich steuerlich nicht rentiert. Zu leichtfertig sind einige Staaten – auch in Europa – diesen Drohungen auf den Leim gegangen und sind in einen Steuersenkungswettbewerb eingetreten. Oder sie führen Betriebsprüfungen nur alle zehn Jahre durch und dulden stillschweigend Betrug.



Steuervermeidungsmöglichkeiten verhindern, dass transnational agierende Unternehmen ihrer Steuerpflicht dort nachkommen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Unternehmen können die unterschiedlichen einzelstaatlichen Rechtsvorschriften ausnutzen, um erzielte Gewinne zum Beispiel aus Deutschland abzuziehen und in Staaten mit niedrigen Steuersätzen innerhalb oder außerhalb der Europäischen Union zu verlagern. Dazu zählen beispielsweise:

- Unternehmen können ihre zu versteuernden Gewinne mindern, indem Patente und Markenrechte an eine ausländische Konzerngesellschaft übertragen oder Muttergesellschaften Kredite bei ihren Töchtern im Ausland aufnehmen. Sowohl die Lizenzgebühren für die Patentnutzung als auch die Schuldzinsen für die Kredite können in Deutschland als Betriebsausgaben von der Steuer abgesetzt werden.
- Konzerne können Kosten und Erträge ihrer Filialen intern verrechnen, sodass die Steuerlast insgesamt sinkt. Dies hat zur Folge, dass vor allem in Regionen oder Staaten, in denen grundsätzlich zu versteuernde Gewinne erzielt werden, keine Einnahmen zu verzeichnen sind.

Der schärfere Steuerwettbewerb übt auch massiven Druck auf die Steuer- und Sozialsysteme der Mitgliedstaaten aus. Die Besteuerung von Kapitaleinkünften und Unternehmensgewinnen wurde in den letzten Jahren gesenkt. Eine Reihe von EU-Mitgliedstaaten lockt durch niedrige Gewinnsteuern gezielt Unternehmen an. Sie schwächen damit die Steuerbasis anderer Länder. Andere Mitgliedstaaten haben in jüngster Zeit bewusst rechtliche Nischen und dunkle Ecken geschaffen, in denen bestimmte steuerliche Einkunftsarten, zum Beispiel aus Patenten oder Lizenzen, begünstigt werden. Sie leisten damit der aggressiven Steuerplanung von Unternehmen Vorschub.

Diese Entwicklungen haben das Steueraufkommen insgesamt gemindert und zu einer Verschiebung der Steuerlasten vom Kapital zur Arbeit und zu Grund und Boden geführt. Zu den Verlierern gehören kleine und mittlere Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Verbraucherinnen und Verbraucher. Nur die großen Unternehmen und Vermögenden gewinnen.

Wir fordern ein starkes und entschlossenes Vorgehen gegen Steuerbetrug und Steueroasen, das die EU-Kommission als Motor der europäischen Gesetzgebung umsetzen muss. Die Oasen liegen nicht weit weg, teilweise gehören sie sogar zur EU.



Wir wollen eine neue europäische Initiative **„Für eine gerechte Steuerpolitik – Steuerbetrug in Europa bekämpfen, Steueroasen schließen“** mit folgenden Eckpunkten:

- Wir müssen die Steuerpolitiken der Mitgliedstaaten deutlich stärker koordinieren.
- Wir brauchen eine bessere Zusammenarbeit der Steuerbehörden in Europa. Die Steuerschlupflöcher müssen geschlossen werden. Durch europäische Mindeststandards muss der Steuerwettbewerb in geordnete Bahnen gelenkt werden.
- Wir wollen einen automatischen Informationsaustausch über die von EU-Bürgern in anderen Mitgliedstaaten gehaltenen Vermögen und erzielten Einkünfte. Der von den Finanzministern der G20-Staaten auf ihrem Treffen in Sydney begrüßte neue OECD-Standard für einen automatischen internationalen Informationsaustausch muss umgehend durch Anpassung der europäischen Amtshilferichtlinie umgesetzt werden.
- Wir wollen die Lücken bei der Zinsbesteuerung konsequent schließen. Die Einigung bei der Zinsrichtlinie, deren Regelungen künftig auf alle natürlichen und juristischen Personen und alle Kapitaleinkünfte ausgeweitet werden, ist ein wichtiger, aber nur ein erster Schritt, weil sie zum Beispiel Stiftungen nicht erfasst, in denen viele Reiche ihr Geld verstecken können.
- Wir müssen die Unternehmensbesteuerung harmonisieren, um grenzüberschreitende Ausweichreaktionen und die Ausnutzung von Diskrepanzen zwischen den nationalen Steuersystemen zu verhindern. Dazu brauchen wir einen neuen Anlauf zur Einführung einer abgestimmten gemeinschaftlichen Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage.
- Wir wollen einen Mindeststeuersatz für Unternehmen in Europa festlegen.
- Wir wollen die Möglichkeiten der Steuervermeidung für Unternehmen durch Gewinnverlagerung ins Ausland und den Wettbewerb der Mitgliedstaaten um Investitionen von Unternehmen aufgrund niedriger Steuersätze einschränken.
- Wir wollen die spezielle Begünstigung bestimmter Einkunftsarten, zum Beispiel aus Lizenzen oder Patenten, als unfairen Wettbewerb verbieten, wenn sie dazu genutzt wird, dass internationale Unternehmen ihren Gewinn über die Grenze schaffen, um dort weniger Steuern bezahlen zu müssen.
- Wir wollen für international tätige Unternehmen zur Verbesserung der Transparenz eine länderbezogene Berichterstattung über erzielte Gewinne, entstandene Verluste und gezahlte Steuern vorschreiben (so genanntes country-by-country-reporting).
- Die EU muss internationale Initiativen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung, insbesondere den OECD-Aktionsplan gegen die Aushöhlung der steuerlichen Bemessungsgrundlage und Gewinnverlagerung (BEPS), aktiv unterstützen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Kommission diesen Aktionsplan unverzüglich einführt und umsetzt.



- Wir werden stärker gegen den EU-weit stattfindenden Umsatzsteuerbetrug kämpfen. Dazu brauchen wir eine engere Kooperation der EU-Staaten und eine generelle Systemumstellung bei der Umsatzbesteuerung.
- Wir werden uns dafür einsetzen, vor allem die Helfer und Helfershelfer von Steuerbetrug, zum Beispiel in Banken und Finanzinstituten, härter zu bestrafen und ihnen bei organisierter Beihilfe auch die Lizenz entziehen zu können.
- In diesem Zusammenhang begrüßen wir die gemeinsame europäische Bankenaufsicht vor allem für grenzüberschreitend tätige Banken, die die Europäische Zentralbank in diesem Jahr übernehmen wird. Sie wird zu mehr Transparenz und Kontrolle in der EU beitragen. Hinzu kommt nun ein einheitlicher europäischer Abwicklungsmechanismus, auf den sich Europäisches Parlament und Ministerrat verständigt haben. Dessen entscheidender Bestandteil ist ein europäischer Bankenfonds, den die Finanzinstitute über eine Bankenabgabe selbst aufbauen müssen. Künftig haften damit nicht mehr die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Bankenpleiten, sondern die Branche selbst. Wir erwarten bei der näheren rechtlichen Ausgestaltung, dass die Bankenabgabe in den Mitgliedstaaten einheitlich erhoben wird und wie gegenwärtig im deutschen Recht nicht von der Steuerschuld der Bank abzugsfähig ist.
- Durch eine europäische Finanztransaktionssteuer müssen schädliche Finanzmarkt-spekulationen unattraktiv gemacht werden. Wir setzen uns deshalb als ersten Schritt für die zügige Einführung der Finanztransaktionssteuer im Wege der verstärkten Zusammenarbeit zwischen 11 Mitgliedstaaten ein.